BUNDESHAUS LOBBYING-AFFÄRE

Markwalders Fauxpas löst Flut von Vorstössen aus

Als Reaktion auf die sogenannte Kasachstan-Affäre sind im Parlament zahlreiche Vorstösse eingereicht worden. Gefordert wird mehr Transparenz bei Interessenvertretern.

Gross war die Empörung, nachdem bekannt geworden war, dass die Berner FDP-Nationalrätin Christa Markwalder eine in Kasachstan redigierte Interpellation eingereicht hatte. Eingefädelt und entworfen wurde diese von Marie-Louise Baumann. Der PR-Profi von Burson-Marsteller überarbeitete den Text mehrfach nach Rücksprache mit ihrem kasachischen Klienten und stellte dafür knapp 7200 Franken in Rechnung.

Für Parlamentarier von links bis rechts war die Kasachstan-Affäre Anlass dazu, mit Vorstössen mehr Licht in die Zusammenarbeit zwischen Lobbyisten und Bundespolitikern zu bringen. Am schnellsten reagierte der Aargauer SVP-Nationalrat Lukas Reimann. Noch am Tag, an dem die NZZ die Kasachstan-Affäre publik gemacht hatte, reichte er die Motion «Transparentes Lobbyregister» ein. Reimann profitierte davon, dass er 2009 einen gleich lautenden Vorstoss lanciert hatte, der nach zwei Jahren ohne Behandlung im Rat abgeschrieben worden war. Konkret fordert Reimann die Schaffung eines Registers, in dem Lobbyisten detailliert Auskunft geben müssen. Ob Reimanns Motion bei den Parlamentariern diesmal auf grösseres Interesse stösst, ist unsicher (siehe Kasten).

Die im Zusammenhang mit Lobbying eingereichten Vorstösse haben im Wesentlichen drei Stossrichtungen.

Mehr Transparenz bei Lobbyisten: Ähnliche Ziele wie Reimann verfolgen auch drei parlamentarische Initiativen. Nationalrat Andrea Caroni (FDP, AR) möchte genauere Informationen über Lobbyisten mit Zutrittskarte zum Bundeshaus. Diese sollen im bestehenden öffentlichen Register nicht nur ihre Public-Affairs-Unternehmung offenlegen müssen, sondern auch für welche Mandanten sie im Bundeshaus tätig sind. Der Neuenburger SP-Ständerat Didier Berberat verlangt, dass Lobbyisten, die Zutritt zum Parlamentsgebäude wünschen, sich akkreditieren und jedes Mandat angeben müssen. Die grüne Fraktion wiederum will, dass auch Personen, die von Parlamentariern eine temporäre Zutrittsberechtigung zum Bundeshaus erhalten, in einem öffentlichen Register aufgeführt werden.

In der Praxis könnten solche Anforderungen an die Transparenz allerdings umgangen werden. Wie der «Blick» gestern berichtete, wurden Interessenvertreter von Parlamentariern mehrfach als persönliche Mitarbeiter ausgegeben, sodass ihre Lobbyistenfunktion nicht erkennbar war.

Transparenz bei Parlamentariern: Auch Parlamentarier vertreten Interessen und sind gewissermassen Lobbyisten in eigener Sache. Mehrere parlamentarische Initiativen verlangen deshalb mehr Klarheit über deren Interessenbindungen. So fordert der Nidwaldner SVP-Nationalrat Peter Keller, dass Einkünfte aus Tätigkeiten, die unter die Offenlegungspflicht fallen, abgestuft deklariert werden. Demnach müsste zum Beispiel ein Verwaltungsratsmandat, das mehr als 250 000 Franken einbringt, der höchsten Stufe 10 zugeordnet werden. Auskunft über die Entschädigungen aus Interessenbindungen wollen auch die Grünen. Einen Schritt weiter geht die SP-Fraktion. Nicht nur Einkünfte aus Interessenbindungen ab einer gewissen Höhe sollen gemeldet werden, sondern auch solche aus beruflichen Tätigkeiten, «die geeignet sind, den Anschein von Abhängigkeit des Parlamentsmitglieds von Interessengruppen zu erwecken». Nationalrätin Nadine Masshardt (SP, BE) wünscht sich, dass Parlamentarier Einzelspenden ab 5000 Franken offenlegen müssen. Masshardt fordert zudem eine gesetzliche Regelung von Informationsreisen auf Einladung von Interessenorganisationen. Teilnehmen dürfe nur, wer die Reisekosten selber bezahle. Weitere Vorstösse zum Thema Lobbying, darunter jener von Kathrin Bertschy (GLP, BE), sind hängig (siehe Text unten).

Entlastung von Parlamentariern: Nationalrat Matthias Aebischer (SP, BE) fordert in einer parlamentarischen Initiative für Parlamentarier einen persönlichen Mitarbeiter mit einem Pensum von maximal 80 Prozent. Er begründet dies mit der massiv gestiegenen Arbeitsbelastung. Viele Parlamentsmitglieder seien überlastet oder überfordert. In der Kasachstan-Affäre musste sich Markwalder auch vorwerfen lassen, sich zu wenig über die innenpolitischen Verhältnisse in Kasachstan informiert zu haben. Mit der Hilfe eines persönlichen Mitarbeiters hätte sie die verhängnisvolle Interpellation möglicherweise nicht eingereicht.

Philipp Hufschmid

POLITISCHE CHANCEN

Nur ein Sturm im Wasserglas?

In den vergangenen Jahren versuchten Parlamentarier mit einer Reihe von Vorstössen, Lobbyisten stärker an die Kandare zu nehmen und beim Einfluss von Interessenvertretern mehr Transparenz zu schaffen. Diese Versuche sind **regelmässig gescheitert oder versandet.** Mit dem Fall Kasachstan (siehe oben) kam es zu einer regelrechten Schwemme von Vorstössen zu diesem Thema.

In den meisten Fällen dürfte die Staatspolitische Kommission für die Vorberatung zuständig sein. **Heinz Brand (SVP, GR) glaubt nicht, dass von den jüngsten Vorstössen am Ende viel übrig bleibt.** Denn erstens gebe es schon ein hohes Mass an Transparenz und zweitens zweifelt er daran, dass das Milizparlament einen Schritt weitergehen will. Ähnlich **skeptisch** äussern sich selbst Autoren der Vorstösse. **FDP-Nationalrat Andrea Caroni** AR ist immerhin für seine eigene parlamentarische Initiative zuversichtlich (siehe oben). Das sei der unbestrittenere Teil seines Vorstosses, der schon einmal knapp abgelehnt worden sei.

Doch selbst für solch einen kleinen Schritt gibt es **gesetzgeberische Hürden,** auf die Nationalrat **Balthasar Glättli (Grüne, ZH)** hinweist. So dürfte es schwierig werden zu verhindern, dass sich gewisse Lobbyisten hinter dem Anwaltsgeheimnis verstecken können. Die Grünen fordern in vier verschiedenen Vorstössen mehr Transparenz (siehe auch Haupttext).

Einen anderen Ansatz wählt SP-Nationalrat Matthias Aebischer BE: Als Auslöser der Kasachstan-Affäre sieht er die **Überlastung der Parlamentarier,** die oft Politik und Beruf unter einen Hut bringen müssen. Sein Ansatz mit besserer personeller Unterstützung der Parlamentarier findet auch bei Bürgerlichen wie Heinz Brand Anklang, der die parlamentarische Initiative mitunterzeichnet hat. Caroni hingegen befürchtet, dass diese Vorlage ein erster Schritt hin zu einem Profiparlament wäre – womit **eine alte Forderung der Linken** erfüllt würde. Das bestreitet Aebischer: Seiner Ansicht nach erhalten die Politiker so weniger Geld, dafür aber mehr Know-how. Die Ratsdebatte dazu könnte spannend werden.

Nationalrat Lukas Reimann (SVP, SG) hat eine bereits einmal eingereichte Motion rezykliert. Ihr gibt Caroni **schon rein formal keine Chance:** Denn eine Motion richte sich an den Bundesrat. Beim von Reimann geforderten Lobbyistenregister müsse das Parlament aber selber die Initiative übernehmen. *ki*

Aus Anstand in den Ausstand: Bauern sollen sich zurückhalten

GLP-Nationalrätin Kathrin Bertschy nimmt die vorberatenden Kommissionen ins Visier: Parlamentarier sollen dort in den Ausstand treten, wenn ihr Einkommen direkt betroffen ist. Ihr Vorstoss zielt gegen die Bauern. Deren Präsident wehrt sich.

Am Anfang sei sie schockiert gewesen, sagt Kathrin Bertschy. Als sie nach ihrer Wahl in den Nationalrat 2011 miterlebte, wie ungeniert Landwirte im Parlament ihre finanziellen Eigeninteressen vertreten, habe sie das verblüfft. «Ich hätte erwartet, dass sie anstandshalber in den Ausstand treten, wenn sie direkt betroffen sind», sagt die grünliberale Bernerin. Dass sie es bis heute nicht tun, zeigt aus Bertschys Sicht, dass die Lobbyismus-Debatten der letzten Wochen am Hauptproblem vorbeigingen: «Die stärksten Lobbys sitzen im Parlament selber.»

Darunter gibt es solche, die persönlich Geld aus der Bundeskasse beziehen – unter anderem die Bauern. Ihnen will Bertschy das Handwerk wenigstens teilweise legen: Mit einem neuen Vorstoss fordert sie, dass in der geheimen Vorberatung in den Kommissionen alle Parlamentarier in den Ausstand treten müssen, deren persönliches Einkommen vom jeweiligen Geschäft betroffen ist.

Kathrin Bertschy will Einflussnahme in eigener Sache erschweren.

Die «Einwechslungen»

Landwirte dürften also nicht mehr mitreden, wenn die Kommission beispielsweise über die Direktzahlungen diskutiert. Sie könnten erst später Einfluss nehmen, wenn das Geschäft in den National- oder Ständerat kommt.

«Das ist das Mindeste», findet Bertschy, «es geht nicht, dass die Bauern im Versteckten in der Kommission Einfluss nehmen, ohne dass dies transparent wird.» Zumal sie dies einigermassen orchestriert machen: Wenn die Wirtschaftskommission, in der Bertschy sitzt, Landwirtschaftsthemen berät, werden offenbar regelmässig Bauern «eingewechselt», die der Kommission nicht angehören. Sie vertreten ihre Parteikollegen, die ordentlich in die Kommission sitzen, sich für die Sitzung aber abgemeldet haben, da sie verhindert sind. Dass solches vorkommt, bestätigen sogar Bauernvertreter.

Markus Ritter findet, die Idee ziele an der Realität vorbei. *Keystone*

Kathrin Bertschy nervt sich, die Wirtschaftskommission werde von den Bauern zeitweise regelrecht lahmgelegt, indem sie immer weitere Untersuchungen und Studien verlangten. «Die Hälfte unserer Zeit geht für die Landwirtschaft drauf.» Andere Themen kämen oft zu kurz.

«Eine Schnapsidee»

Falls Bertschys Idee eine Mehrheit findet, hätte Markus Ritter künftig mehr Freizeit: Da er Bauer ist, müsste der CVP-Nationalrat und Präsident des Schweizer Bauernverbands diverse Kommissionssitzungen auslassen. Entsprechend gering ist die Begeisterung des St. Gallers: «Das ist eine Schnapsidee», sagt Ritter. Er sieht erstens «überhaupt kein Problem» darin, dass Bauern schon in der Vorberatung Einfluss nehmen auf Entscheide, die ihr Budget betreffen. «Dank der klaren Auflistung aller Mandate im Parlament ist für alle transparent, wer welche Interessen vertritt.» Zweitens sagt Ritter, es sei fast unmöglich, sauber abzugrenzen, für wen die Ausstandsregeln gelten müssten. Wären auch die diversen Verwaltungsräte von Krankenkassen in den Gesundheitskommissionen betroffen? Oder, fragt Ritter, treten alle Unternehmer in den Ausstand, wenn die Unternehmenssteuern reformiert werden? «Die SP und die Grünen würde das sicher freuen.» Ritter hat noch ein anderes Beispiel auf Lager: Müssten à la Bertschy alle Hauseigentümer in den Ausstand, wenn wieder mal der Eigenmietwert aufs Tapet kommt? «Und was ist mit uns Parlamentariern? Müssen wir alle in den Ausstand treten, wenn wir unsere eigene Entschädigung festlegen?»

Kathrin Bertschy verhehlt nicht, dass ihr Vorstoss noch nicht ausgereift ist: Sie habe ihn absichtlich offen formuliert, um eine Diskussion anzustossen und eine kluge Regelung zu finden. Bertschy sagt, man müsse unbedingt auch über die Rolle anderer Lobbys reden: Die Liste sei lang und reiche von Vertretern der Krankenkassen oder der Energiekonzerne bis zu den Anwälten. Aber eines steht für Bertschy fest: «Wer wie die Bauern einen grossen Teil des Einkommens direkt aus der Bundeskasse erhält, sollte sich in den Kommissionen zurückhalten.» *Fabian Schäfer*

Zäher Plastiksack

VERBOT Das Parlament muss noch einmal über ein Verbot von Wegwerf-Plastiksäcken entscheiden. Über zwei Jahre nach der Annahme einer entsprechenden Motion ist der Bund zum Schluss gekommen, dass diese nur mit einer Gesetzesänderung umgesetzt werden kann. Diese werde derzeit erarbeitet, sagte Eliane Schmid, Sprecherin beim Bundesamt für Umwelt (Bafu), gestern auf Anfrage. Sie bestätigte damit einen Bericht im «Bund». Gespräche des Bafu mit den betroffenen Akteuren führten zu keinem Ergebnis.

Laut Schmid ist eine Änderung des Umweltschutzgesetzes nötig, da ein Verbot auf Verordnungsstufe auf der heutigen Gesetzesgrundlage nicht möglich ist. Angaben zum Zeitplan machte sie keine. *sda*

Mehr Grenzwächter

TESSIN Die kantonalen Polizeidirektoren wollen die Südgrenze der Schweiz mit mehr Grenzwächtern sichern. Eine Schliessung der Grenze hingegen sei nicht praktikabel.

Um den aktuellen Ansturm von Migrantinnen und Migranten im Tessin zu bewältigen, will der Vorstand der Justiz- und Polizeidirektorenkonferenz kurzfristig Grenzwächter aus anderen Regionen abziehen und an die Südgrenze stellen. Eine Grenzschliessung erachtet er als schwierig. Die Frage stelle sich, wie die Grenze zu schliessen wäre, sagte Hans-Jürg Käser, Berner Polizeidirektor und Präsident der Konferenz der kantonalen Justiz- und Polizeidirektoren (KKJPD), gestern nach der Vorstandssitzung auf Anfrage. Die Grenzübergänge von Strassen und Bahnlinien würden überwacht, bei der grünen Grenze sei das eine andere Frage. Um der gegenwärtigen Spitze an der Südgrenze Herr zu werden, sollten kurzfristig Angehörige anderer Grenzwachtregionen abgezogen und im Tessin stationiert werden, sagte der FDP-Politiker Käser.

Mittelfristig müsse das Grenzwachtkorps aber aufgestockt werden. Der Migrationsdruck werde nämlich nicht so schnell abnehmen. Als Zahl schwebt Käser der Ausbau um 200 bis 300 Stellen vor. Der KKJPD-Vorstand habe ein Schreiben mit den kurz- und mittelfristigen Vorschlägen an das Eidgenössische Justiz- und Polizeidepartement sowie an das Finanzdepartement gerichtet.

Der Tessiner Regierungspräsident Norman Gobbi hatte in der Sonntagspresse eine Grenzschliessung verlangt. Der Lega-Politiker wollte so Druck auf andere Staaten machen, die laut Gobbi ihre Pflichten gemäss Schengen-Abkommen nicht erfüllen würden. *sda*

ASYLSUCHENDE

Nothilfe 2014 haben in der Schweiz gut 10 700 abgewiesene Asylsuchende Nothilfe beansprucht. Erstmals seit 2008 gingen die Kosten zurück, auf knapp 74 Millionen Franken. Seit 2008 erhalten abgewiesene Asylbewerber und solche mit einem Nichteintretensentscheid nur noch Not- statt Sozialhilfe. Mehr Gesuche von «potenziell schutzbedürftigen» Personen mit einem Anspruch auf Sozialhilfe haben laut Staatssekretariat für Migration weniger Neuzugänge in der Nothilfe ergeben. *sda*

In Kürze

ERGÄNZUNGSLEISTUNGEN

Zahl unterstützter Rentner wächst

Immer mehr AHV- und IV-Rentnerinnen und -Rentner sind auf Ergänzungsleistungen angewiesen. Im vergangenen Jahr ist der Anteil erneut gewachsen. Ende 2014 bezogen insgesamt 309 400 Personen Ergänzungsleistungen, 2,9 Prozent mehr als im Vorjahr. Die Ausgaben für Ergänzungsleistungen stiegen 2014 um 3,3 Prozent auf 4,7 Milliarden Franken. Das Wachstum liegt damit leicht unter dem Durchschnitt der letzten Jahre, wie das Bundesamt für Sozialversicherungen schreibt. Ergänzungsleistungen werden an Personen mit einer AHV- oder IV-Rente ausgerichtet, deren Einkommen die minimalen Lebenskosten nicht decken kann. Es handelt sich um bedarfsabhängige Versicherungsleistungen. *sda*

FAHRRADMARKT

Andy Rihs verkauft eine Velomarke

Der Sportartikelhersteller Scott mit Sitz in Givisiez FR ist neuer Besitzer der deutschen Velomarke Bergamont. Scott hat Bergamont von der Schweizer Firma BMC übernommen. BMC gehört dem Unternehmer und YB-Investor Andy Rihs und Thomas Binggeli. Scott ist seit Ende Januar mehrheitlich in Besitz der südkoreanischen Zulieferfirma Youngone. Die Verkleinerung der BMC-Gruppe ist damit einen Schritt weitergekommen. Rihs sucht zudem seit längerem für den E-Bike-Hersteller Stromer, der ebenfalls zur BMC-Gruppe gehört, einen Käufer. *sda/sny*

Luzerner revolutionieren Bau von E-Gitarren

RELISH BROTHERS «Jane» heisst die neuartige E-Gitarre des Luzerner Start-ups Relish Brothers. Es will damit eine Nische im Weltmarkt erobern.

Die beiden Luzerner Silvan Küng und Pirmin Giger sind begeisterte Gitarrenspieler und zudem versierte Designer. 2013 haben sie das Start-up Relish Brothers gegründet. Ihr Produkt unter dem Label Relish Guitars Switzerland: die E-Gitarre «Jane». Sie fällt nicht nur durch ihren einzigartigen Klang auf, sondern sie ist auch anders als üblich. Während die meisten E-Gitarren im Prinzip aus einem einzigen Block bestehen, handelt es sich bei «Jane» um eine Sandwich-Konstruktion: Auf einen Aluminiumrahmen werden hinten und vorne je eine Holzplatte gelegt. So schwingt der Gitarrenkörper beim Spielen mit, und es entsteht ein wärmerer Klang mit mehr Nachhall. Speziell ist auch das Baukastensystem: Der Musiker kann die Rückseite der Gitarre einfach öffnen und so zum Beispiel leicht andere Tonabnehmer einsetzen.

Das Jungunternehmen ist vergangenes Jahr von Startup.ch in die Liste der hundert besten Schweizer Start-ups aufgenommen worden. Zudem erhielt es von der Förderinitiative Venture Kick einen Beitrag von 130 000 Franken. Auch der Schweizer Musiker Philipp Fankhauser unterstützt die Luzerner und hat schon öffentlich auf ihren Instrumenten gespielt.

SERIE

Die besten Start-ups

Die erste Serie von 25 Stück hat inzwischen die Werkstatt in Kriens verlassen. Kostenpunkt für eine Gitarre mit Koffer: rund 5000 Franken. Damit befindet sich Relish Brothers im High-End-Segment. *mjc*

www.relishguitars.ch

Jeden Samstag stellen wir die Idee eines Schweizer Start-ups vor. Serie mit Videos zu den Unternehmen: **startups.bernerzeitung.ch**